

## Medienkonferenz vom 31. März 2023 zum BVG-Referendum

Katharina Prelicz-Huber, Präsidentin VPOD, Nationalrätin GRÜNE

Verbal war man sich in den politischen Lagern einig: Frauen haben insgesamt einen Drittel tiefere und in der Pensionskasse sogar nur halb so hohe Altersrenten wie Männer. Es braucht deshalb für sie und für alle Tieflöhner\*innen dringend eine Verbesserung der Renten. Während der Abstimmungskampagne zur «AHV21» war es ein Dauerversprechen, mit der Reform der 2. Säule dieses Problem angehen zu wollen. Vorher aber hätten die Frauen mit der Erhöhung des Rentenalters zur Finanzstabilisierung beizutragen.

Wir hatten einen Sozialpartnerkompromiss, übernommen vom Bundesrat, zur Beratung auf dem Tisch. Er erfüllte die Vorgaben, dass trotz Senkung des Umwandlungssatzes die Renten für alle erhalten bleiben und für Tieflöhner\*innen – viele Frauen – sofort höhere Renten generiert würden. Dieser austarierte Kompromiss wurde in den Beratungen zerfetzt.

Mehrheitlich verabschiedet wurde eine teure Abbauvorlage, die nicht einlöst, was sie versprochen hat. Sie ist unwürdig! Für die meisten auch jungen Menschen heisst die Reform, mehr bezahlen für tiefere Renten, obwohl die Pensionskassenrenten in den letzten Jahren laufend gesunken sind.

Es gibt zweifelslos gute Punkte in dieser Reform: So sollen fortan nur noch zwei Beitragssätze gelten, was ältere Arbeitnehmende für Arbeitgebende billiger macht und weniger Grund gibt, sie nicht anzustellen. Zudem würde künftig etwas mehr Lohn versichert und mehr Menschen – Tieflöhner\*innen, Teilzeitarbeitende, viele Frauen – wären in der Pensionskasse versichert. Das ist à priori gut, weil erst die Zugehörigkeit und die Einzahlung in eine Pensionskasse das gemäss Verfassung garantierte «gewohnte Leben» ermöglicht. Aber zu welchem Preis?

Weiterhin können nur gerade ein Drittel das «gewohnte Leben» nach der Pensionierung weiterführen, während ein Drittel der Rentner\*innen nicht einmal die Existenzsicherung erreicht.

Die Senkung des Umwandlungssatzes auf 6% bedeutet für alle tiefere Renten – ob jung oder älter! Nur gerade 15 Übergangsjahrgänge, die kurz vor Pensionierung stehen, sollen für den Rentenverlust einen Zuschlag erhalten, aber längst nicht alle! Weniger als 50% der Frauen und insgesamt nur 25% aller Betroffenen profitieren vom vollen Zuschlag von monatlich Fr. 200. Alle ausserhalb dieser 15 Jahrgänge erhalten nichts. Sie bezahlen aber mit höheren Lohnabzügen, um schlussendlich eine tiefere Rente zu haben. Besonders stossend ist, dass ausgerechnet Löhne ab Fr. 150'000 nichts an die Reform mitzahlen, obwohl sie schon die höchsten Renten haben.

Die Reform muss über das Kapitalverfahren selbst bezahlt werden. Der Grundfehler im System der 2. Säule bleibt bestehen und bewirkt, dass ein tiefer Lohn eine tiefe Rente und ein hoher Lohn eine hohe Rente generiert. Für Tieflöhner\*innen wird es ohne Umlage zudem sehr teuer: Bis zu Fr. 200 zusätzlichen monatlichen Abgaben haben Leute mit tiefen und mittleren Einkommen zu verkraften, das bei ohnehin tieferer Kaufkraft durch höhere Krankenkassenprämien und Nichtgewährung des Teuerungsausgleichs in der 2. Säule. Mit der kleinen Umlage im Sozialpartnerkompromiss von 0,5% auf den gesamten Lohn hätten aber Arbeitnehmende mit Fr. 25'000 Jahreslohn gerade einmal Fr. 10 pro Monat mehr Abgaben bezahlt für den Zuschlag von Fr. 200. Das ist ein entscheidender Unterschied bei einem kleinen Budget! Trotz hohen Beiträgen bleibt im Rentenalter immer noch eine tiefe Rente.

Ein grobes Rechnungsbeispiel: Eine Median-AHV von Fr. 1'800 monatlich und eine PK-Rente von Fr. 400 monatlich ergibt eine monatliche Rente von Fr. 2'200; die Person ist also

weiterhin auf Ergänzungsleistungen angewiesen. Ein\*e Tieflöhner\*in zahlt damit monatlich Fr. 200 höhere Abgaben, erhält damit 10% weniger Lohn, um dann im Rentenalter immer noch auf Staatszuschüsse angewiesen zu sein. Der/die Betroffene hat also ein prekäres Leben geführt, um mit den Abgaben einzig die Ergänzungsleistungen entlastet zu haben. Das ist unwürdig!

Die Mitglieder des VPOD sind stark betroffen. Wir organisieren eine Mehrheit Frauen. Viele arbeiten wegen Familienpflichten Teilzeit oder sind in typischen «Frauenberufen» wie in Kitas oder in der Pflege tätig. Sie arbeiten zwar, wie wir spätestens seit der Covid-Krise wissen, in systemrelevanten Berufen, haben aber tiefe Löhne, die längst aufgewertet werden müssten. Der Dank sind tiefe Renten, die sie jetzt noch teurer mitbezahlen sollen.

Die tollen Verbesserungen für die Frauen, welche die Gegenseite vorbringt, ist Sand in die Augen gestreut. Tieflöhner\*innen, viele Frauen, sind gar doppelt geprellt: Eine tiefe Rente, bezahlt über hohe Lohnabzüge und damit weniger Haushaltsgeld.

Mit dem Referendum haben wir die Chance, eine schlechte und teure Vorlage zu versenken. Das ist übrigens auch der Rat vieler PK-Fachleute, weil die Reform wieder zu hohen Verwaltungskosten führt. Es fließen aber bereits ca. 7 Milliarden jährlich in die Taschen von Versicherungen statt in die Renten. Das verschärft die Vorlage.

Statt 3 Milliarden in diese verfehlte Reform zu stecken, investieren wir sie besser in die AHV! Sie ist dank ihrem Umlageverfahren die sicherste, fairste und günstigste Versicherung, von der 90% der Bevölkerung profitieren und die 10% Reichsten ihren solidarischen Beitrag leisten. Ohne Umlageverfahren erreichen tiefe Löhne nie eine würdige Rente. Das hatte die damalige liberal-konservative Mehrheit bei der Gründung der AHV noch zugestanden. Und heute?

Nein zu dieser BVG-Reform, zurück zum Sozialpartnerkompromiss und ein starkes Engagement für die «Initiative für eine 13. AHV-Rente» als wichtiger Schritt zur würdigen Rente für alle!